
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2

Kreistag am 06.03.2007

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Klaus-Dieter Bröckling
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Ursula Lindstedt
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki

Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsger
Helmut Krause
Hartmut Marks
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung

Herr Stratmann, KD
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV
Herr Dr. Schiebold, L KfP
Frau Bierwolf-Siegrist, GS
Herr Göpfert, Büro Landrat

Gäste und Zuhörer/innen:

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Weyand, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Vertreter der Presse
interessierte Bürger
weitere Angehörige der Verwaltung

Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass er die Tagesordnung nachträglich um den Resolutionsantrag der Gruppe Die Linke.PDS sowie der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur betrieblichen Mitbestimmung sowie um die Vorlage „Zukunftsmodell zur Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna“ erweitert habe, da beide Punkte dringlich seien und nicht bis zur nächsten Kreistagssitzung verschoben werden könnten.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Haushalt 2007

Punkt 1.1

035/07

Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW
Bericht an den Kreistag gem. § 105 GO NRW

Punkt 1.2

145/06

Arbeitsergebnisse der Finanzstrukturkommission;
Bericht an den Kreistag

Punkt 1.3

207-1/06

- Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2007
- Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2006 bis 2010

Punkt 1.4

210/06

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007

Punkt 2

021/07

Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Unna 2007 - 2009

Punkt 3

040/07

Resolution zur „Kohlepolitischen Verständigung“ des Bundes, des Landes NRW, RAG und IGBCE vom 07.02.2007

Punkt 4

004/07

Wahl einer Vertreterin / eines Vertreters der ARGE Kreis Unna als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss

Punkt 5

037/07

Entsendung eines Mitgliedes in den Jagdbeirat des Kreises Unna

Punkt 6

042/07

Arbeitsmarktpolitik Kreis Unna;
Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007

Punkt 7

036/07

- Betrauungsregelung zwischen dem Kreis Unna und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den übrigen kommunalen Gesellschaftern der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Punkt 8

013/07

Ersatzbau für das Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne

Punkt 9

012/07

Erlass von drei Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski und für den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann

Punkt 10

027/07

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK)

Punkt 11

046/07

Punkt 12

043/07

Zukunftsmodell zur Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna

Punkt 13

Fragestunde für Einwohner

Punkt 14

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil :

Punkt 15

031/07

Optimierung der Aktienrendite der RWE-Aktien

- Wertpapierleihgeschäft -

Punkt 16

039/07

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 18 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Haushalt 2007

Erörterung:

Zum Haushalt 2007 tragen Herr Steffen für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Frau Hosang für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herr Senkel für die FDP-Fraktion, Herr Gabriel für die Gruppe Die Linke.PDS sowohl Herr Elsbeck für die STATT-Partei vor. Die Etatreden sind der Niederschrift als Anlage 1 bis 6 beigelegt.

Die Sitzung wird anschließend von 16.35 Uhr bis 16.45 Uhr unterbrochen.

Punkt 1.1

035/07

Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW

Bericht an den Kreistag gem. § 105 GO NRW

Erörterung:

Herr Senkel berichtet, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit gem. § 105 GO NRW in der Sitzung am 27.02.2007 noch einmal grundsätzlich mit den Ergebnissen der überörtlichen Prüfung beim Kreis Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW befasst habe. Er betrachte das Prüfungsverfahren nunmehr formell als abgeschlossen. Den rechtlichen Erfordernissen sei umfassend Rechnung getragen worden.

Der Kreistag nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Kenntnis.

Punkt 1.2

145/06

Arbeitsergebnisse der Finanzstrukturkommission;

Bericht an den Kreistag

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla betont, die von ihm initiierte Finanzstrukturkommission habe seit Mai 2006 sehr gute Arbeit geleistet. Insgesamt habe die Kommission achtmal getagt, davon dreimal ganztägig und einmal am Wochenende. Trotz der vielfach zu spürenden Skepsis zu Beginn der Beratungen könnten sich die Arbeitsergebnisse im Nachhinein sehen lassen. Die Gemeindeprüfungsanstalt habe ein Einsparpotenzial von 3,5 Millionen Euro gesehen, von denen 1,9 Millionen Euro bereits mit dem Haushalt 2007 umgesetzt würden.

Er selbst, so Herr Landrat Makiolla weiter, habe die Diskussion trotz mancher Meinungsverschiedenheiten als fair und konstruktiv empfunden. Nie zuvor hätten sich Mitglieder des Kreistages so intensiv mit Einsparpotenzialen bei der Kreisverwaltung befasst und dabei auch die Arbeit der Kreisverwaltung so umfassend auf den Prüfstand gestellt. Daher bedanke er sich bei den Mitgliedern der Finanzstrukturkommission für die gute Zusammenarbeit und wünsche sich, dass der Kreistag die Ergebnisse möglichst breit mittrage.

Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Finanzstrukturkommission sei eine gute Vorbereitung gewesen, die zum einen durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW geleistet worden sei. Erfreulicherweise habe diese festgestellt, dass die Verwaltung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit ihres Handelns bereits heute in vielen Bereichen, beispielsweise im Bereich Hilfe zur Pflege, beim Bauhof oder auch in der Finanzsteuerung und Personalwirtschaft sehr gut aufgestellt sei. Auch die vom Kreistag beschlossene Struktur der ARGE sei äußerst positiv bewertet worden. Hieran werde deutlich, dass der Kreis Unna auf dem richtigen Weg sei und politische Entscheidungen der Vergangenheit zukunftsorientiert getroffen worden seien. Allerdings wolle er die Prüfungsergebnisse der GPA und die Vorschläge der Finanzstrukturkommission nutzen, um die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns noch weiter zu verbessern. In den Sitzungen der Finanzstrukturkommis-

sion, so Herr Landrat Makiolla weiter, seien die Arbeitszusammenhänge der Verwaltung in einer Art und Weise transparent gemacht worden, die in Nordrhein-Westfalen ihresgleichen suche. Damit sei auch deutlich geworden, dass die Kreisverwaltung gegenüber den politischen Gremien und auch gegenüber der Öffentlichkeit nichts zu verbergen habe. Für die hier geleistete Vorarbeit bedankt sich Herr Landrat Makiolla bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung.

Letztlich weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass die rd. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das unverzichtbare Potenzial des Kreises Unna bilden würden, um öffentliche Dienstleistungen von hoher Qualität für die Menschen in der Region zu erbringen. Die Diskussion über weitere Einsparungsmöglichkeiten beim Kreis Unna dürfe deshalb auf keinen Fall dazu führen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu reinen Kostenfaktoren zu degradieren, die eine Belastung für den Kreishaushalt darstellen würden. Eine Diskussion über zusätzliche Personaleinsparungen in der weiteren Arbeit der Finanzstrukturkommission sei nur dann vertretbar und möglich, wenn gleichzeitig auf die Wahrnehmung von Aufgaben verzichtet und / oder Qualitätsstandards bei der Aufgabenerledigung spürbar gesenkt würden. Die Personaleinsparungen der vergangenen Jahre hätten zwischenzeitlich eine Arbeitsverdichtung zur Folge, die deutlich die Aufgabenwahrnehmung erschwere. So hätten sich die angeordneten und nicht vergüteten Überstunden sowie die monatlichen Gleitzeitguthaben in den vergangenen Jahren spürbar erhöht. Allein die nicht vergüteten Überstunden seien von 2005 auf 2006 um 32,8 % auf nunmehr 4.865,65 Stunden gestiegen. Insofern hätten die Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren bereits einen finanziell nennenswerten eigenen Einsparbeitrag geleistet. Dies dürfe, so Herr Landrat Makiolla weiter, in den weiteren politischen Beratungen nicht ignoriert werden. Man könne nicht auf der einen Seite über Mitarbeitermotivation und Personalentwicklung reden und auf der anderen Seite den Eindruck entstehen lassen, Mitarbeiter seien ein störender Kostenfaktor. Dies sei personal- und sozialpolitisch fraglich und menschlich falsch. Herr Landrat Makiolla schlägt vor, nach den heutigen Beschlüssen des Kreistages die Umsetzung zunächst zu beobachten und noch vor den Sommerferien mit der Finanzstrukturkommission zusammenzukommen, um sich den Sachstand berichten zu lassen und über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Er hoffe, in den künftigen Sitzungen so zielorientiert und konstruktiv über die finanziellen Strukturen zu beraten, wie das auch in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

1. Anträge der Fraktionen

1.1 Verkauf der RWE-Aktien

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass es zu diesem Thema Anträge der CDU- und der FDP-Fraktion gebe. Er halte den Antrag der CDU-Fraktion für den weitergehenden, so dass er über diesen zuerst abstimmen lasse.

Herr Steffen erklärt, dass in den CDU-Antrag leider ein Zeitraster eingebaut sei, durch das der Kreis in eine Zwangslage gebracht werde. Im Vorfeld habe man einvernehmlich entschieden, in diesem Jahr die Effekte einer Sonderausschüttung mitzunehmen, da damit eine hervorragende Rendite erzielt werden könne. Nach seinem Kenntnisstand denke die Hauptversammlung aber auch für das kommende Jahr an eine Sonderausschüttung. Sollte diese Ankündigung bestätigt werden, halte er ein Halten der Aktien bis zu diesem Zeitpunkt aus finanziellen Überlegungen für unbedingt sinnvoll. Stimme man dem CDU-Antrag zu, sei ein solcher Mit-

nahmeeffekt in 2008 nicht mehr möglich.

Herr Senkel teilt mit, dass es ein Anliegen der FDP-Fraktion sei, der WFG mit einem Darlehen zu helfen. Nach der Diskussion im Kreisausschuss habe seine Fraktion den Antrag umformuliert und er bitte, ihn wie folgt zur Abstimmung zu stellen: „Das Darlehen für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna mbH wird um 5 Mio. Euro erhöht. Die Entscheidung über den Zeitpunkt des Verkaufes der RWE-Aktien bereitet die Finanzstrukturkommission vor.“

Beschluss:

1. Antrag der CDU-Fraktion

Der Kreistag beschließt den unmittelbaren Verkauf aller sich im Besitz des Kreises Unna befindlichen RWE-Aktien **im Anschluss an die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschafter.**

Eine Veräußerung im Wege der PUT-Option wird ausgeschlossen. Der Landrat wird aufgefordert, alle Voraussetzungen zu schaffen und einen unmittelbaren Verkauf in die Wege zu leiten. Der Gegenwert der Transaktion soll in folgende Bereiche fließen:

1. Schuldentilgung
2. Stärkung der Finanzkraft der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
3. Implementierung eines Kulturfonds zur dauerhaften Sicherung der Kulturpolitik

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (27 Ja-Stimmen / 33 Nein-Stimmen)

2. Antrag der FDP-Fraktion

Das Darlehen für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna mbH wird um 5 Mio. Euro erhöht. Die Entscheidung über den Zeitpunkt des Verkaufes der RWE-Aktien bereitet die Finanzstrukturkommission vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (50 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen)

1.2 Einsparung von bis zu 2 Stellen im Fachbereich 53 (Antrag der SPD-Fraktion)

Beschluss:

Der Kreistag erwartet, dass u. a. im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ausgestaltung der Präven-

tionsangebote im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz und der freiwilligen Leistungen zusätzlich zu den bisherigen Reduzierungen bis zu 2 weitere Stellen eingespart werden können. Der Fachausschuss Gesundheit und Verbraucherschutz und die Finanzstrukturkommission sind aufgefordert, entsprechende Stellungnahmen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (51 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen)

1.3 Einleitung eines Markterkundungsverfahrens für die Kantine (Antrag der FDP-Fraktion)

Erörterung:

Herr Steffen weist darauf hin, dass in der Finanzstrukturkommission im Zusammenhang mit der Kantine klar und deutlich formuliert worden sei, den Kostendeckungsgrad zu verbessern und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzufordern, hierzu beizutragen. Es sei nicht nachvollziehbar, wenn bereits zwei oder drei Monate später ein Antrag mit dem Ziel der Privatisierung folge. Zunächst solle man der Verwaltung die Chance geben, den Auftrag aus der Finanzstrukturkommission umzusetzen.

Herr Senkel betont, dass es sich hier zunächst um ein Markterkundungsverfahren handele. Man wolle mit dem Antrag etwas in Bewegung bringen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Markterkundungsverfahren einzuleiten mit dem Ziel, einen privaten Betreiber für die Kantine zu finden. Über das Ergebnis des Markterkundungsverfahrens ist der Kreistag in seiner geplanten Sitzung am 11. September 2007 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (25 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen)

1.4 Übertragung der Aufgaben des Kreisbauhofes auf die Kommunen

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass zu diesem Thema Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion vorliegen würden. Da er den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den weitergehenden halte, werde er über diesen zuerst abstimmen lassen.

Herr Jasperneite erklärt, dass die CDU-Fraktion beide Anträge im Rahmen der Haushaltsberatungen ablehnen werde, da man vor einer Entscheidung noch einen intensiven inhaltlichen Diskussionsbedarf in dieser Angelegenheit sehe.

Herr Mork weist darauf hin, dass es nicht der Ansatz der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei, über Stellenabbau Einsparungen zu erzielen. Auch mit Blick auf die aktuellen Arbeitslosenzahlen habe man im Antrag klar formuliert, die Arbeitsplätze der Mitarbeiter zu sichern. Ansatz seiner Fraktion sei vielmehr die Fragestellung gewesen, wie die Arbeit von elf Bauhöfen stärker zusammengefasst werden könne, ohne dass es zu einem Stellenabbau komme.

Herr Steffen betont, dass er sich eine Diskussion innerhalb der kommunalen Familie über die weitere Entwicklung der Bauhöfe beispielsweise durch eine regionale Schwerpunktsetzung vorstellen könne und diese durchaus auch für erfolgversprechend halte. Allerdings sei es für seine Fraktion nicht nachvollziehbar, durch eine Übertragung der Aufgaben des Kreisbauhofes an die Kommunen den Kreis letztlich zu zwingen, die Aufgaben künftig zu höheren Preisen bei den Kommunen einzukaufen. Auch eine Übertragung auf den Landesbetrieb Straßenbau NRW als staatlichen Betrieb komme für ihn nicht in Betracht. Deshalb werde die SPD-Fraktion ebenfalls beide Anträge ablehnen. Vielmehr solle der Landrat berichten, wie die Gespräche mit den Städten und Gemeinden in dieser Frage weitergingen.

Beschluss:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den kreisangehörigen Kommunen Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, die Aufgaben des Kreisbauhofes auf die kreisangehörigen Kommunen zu übertragen. Dabei ist sicher zu stellen, dass die derzeit beim Kreis Unna beschäftigten Mitarbeiter von den kreisangehörigen Kommunen übernommen werden.

Verhandlungen sollen unverzüglich aufgenommen werden, so dass eine Aufgabenübertragung noch im laufenden Jahr vorgenommen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (7 Ja-Stimmen, 53 Nein-Stimmen)

2. Antrag der FDP-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den kreisangehörigen Kommunen in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, die Aufgaben der Unterhaltung der Straßen des Kreises und der Kommunen einschließlich Winterdienst zu konzentrieren. Dabei sind folgende Varianten auf die organisatorischen und kostenrelevanten Punkte zu untersuchen:

I. Übertragung der Aufgaben des Kreises an die jeweilige Kommune

II. Zusammenlegung der Aufgaben des Kreises mit mehreren (3 bis 4) Kommunen unter geografischen Gesichtspunkten.

III. Übertragung der Aufgaben des Kreises an den Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Die Planung eines neuen Kreisbauhofes wird ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (11 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen).

Vor der Gesamtabstimmung über diesen Tagesordnungspunkt erklärt Herr Gabriel, dass die Gruppe Die Linke.PDS in zwei Punkten mit den Vorschlägen der Finanzstrukturkommission nicht einverstanden sei. Dies seien zum einen die Schuleingangsuntersuchungen (DS-Nr. 145-1/06 Nr. 6) und zum anderen die Einsparung von zwei Stellen im Fachbereich Natur und Umwelt (DS-Nr. 145-1/06 Nr. 33).

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Aus der Sitzungsvorlage 145-1/06 werden die Nr. 6 (Schuleingangsuntersuchungen) und 33 (Einsparung von zwei Stellen im Fachbereich Natur und Umwelt) herausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen)

2. Abschließende Beschlußfassung:

Beschluss:

Die von der Finanzstrukturkommission erarbeiteten Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung werden mit folgenden Maßgaben (siehe Sitzungsvorlage Nr. 145/06 und 145-1/06) sowie den hier angenommenen Anträgen zu 1.1 – Antrag der FDP-Fraktion – sowie 1.2 – Antrag der SPD-Fraktion - beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (51 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen)

Punkt 1.3

207-1/06

- Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2007

- Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2006 bis 2010

1. Anträge der Fraktionen mit konkreter Auswirkung auf den Haushalt 2007

1.1 Streichung des Ansatzes für einzelne kulturelle Förderungen (Antrag der FDP-Fraktion)

Beschluss:

Der Betrag in Höhe von 15.000,-- Euro für einzelne kulturelle Förderungen von Privatpersonen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen (Teilergebnisplan 41.01.03, Fachbereich 41) wird im Haushalt 2007 nicht mehr bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 56 Nein-Stimmen)

1.2 Förderung des Tanztheaters Schwerte (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Förderung des Tanztheaters Schwerte in Höhe von 9.500,-- Euro.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (56 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

1.3 Förderung weiterer kultureller Veranstaltungen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Förderung des Festivals „Welttheater der Straße“ in Höhe von 25.000,-- Euro und des Kinofestivals Lünen in Höhe von 25.500,-- Euro.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen)

1.4 Einrichtung einer Haushaltsstelle „Museumspädagogik“ (Antrag der SPD-Fraktion)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung der Haushaltsstelle „Museumspädagogik“ und stellt 2007 den Betrag von 10.000,-- Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)

1.5 Planungskosten für die Erweiterung des Feuerwehrservice-Zentrums (Antrag der CDU-Fraktion)

Beschluss:

Die Planungskosten für die Erweiterung des Feuerwehrservice-Zentrums von 400.000,00 Euro werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt (3 Enthaltungen)

1.6 Planungskosten für einen Neubau des Kreisbauhofes (Antrag der CDU-Fraktion)

Beschluss:

Die im Budget 60 – Bauen – für 2007 eingestellten Planungskosten in Höhe von 200.000,-- Euro zur anteiligen Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zum kombinierten Neubau des Kreisbauhofes mit der Erweiterung des Feuerwehrservice-Zentrums werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (51 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

1.7 Antrag auf Zuschusserhöhung für den Kinderschutzbund (Antrag der CDU-Fraktion)

Erörterung:

Frau Warminski-Leitheußer teilt mit, dass die bisher für den Verein Wildwasser vorgesehene Förderung in Höhe von 104.000 Euro zwischen dem Kinderschutzbund und dem Frauenforum sowie zur Abwicklung des Vereins Wildwasser aufgeteilt werde. Es sei sichergestellt, dass der Kinderschutzbund zusätzlich zu der bisher veranschlagten Förderung genau die von der CDU-Fraktion beantragte Summe von 25.000 Euro erhalte.

Aufgrund dieser Aussage der Sozialdezernentin zieht die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.

1.8 Reduzierung des Ansatzes für die Suchthilfe (Antrag der CDU-Fraktion)

Erörterung:

Herr Steffen weist darauf hin, dass auch die SPD-Fraktion grundsätzlich Einsparpotenziale bei der Suchthilfe durch mögliche Synergieeffekte sehe. Allerdings gebe es aufgrund der geplanten Neukonstruktion der Trägerschaft in diesem Jahr durchaus Unwägbarkeiten bei der Finanzierung. Er schlägt deshalb vor, den Ansatz selbst nicht zu reduzieren, sondern ihn stattdessen mit einem Sperrvermerk über diese Summe zu versehen.

Frau Hosang betont, man sei bei der möglichen Zusammenführung der Suchthilfe bei legalen und illegalen Drogen lediglich auf dem Weg. Bisher existiere noch keine Beschlussvorlage und auch im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz habe es lediglich einen Sachstandsbericht gegeben. Da der Ausgang des Diskussions- und Entscheidungsprozesses derzeit noch völlig offen sei, halte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Reduzierung des Ansatzes zum jetzigen Zeitpunkt für falsch.

Herr Jasperneite erklärt, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag unverändert aufrecht erhalte.

Beschluss:

Der Ansatz für die Suchthilfe im Kreis Unna wird um 30.000,-- Euro reduziert. Hintergrund für die Entscheidung ist die Neuerstellung des Konzeptes für die Suchthilfe im Kreis Unna.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (21 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

1.9 Förderung der Biologischen Station (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die zusätzliche Förderung der Biologischen Station in Höhe von 101.500,-- Euro. Mit diesen Mitteln werden 1,5 Stellen (82.500,-- Euro) im Bereich fachbezogene Betreuung von Naturschutzgebieten und 0,5 Stellen (19.000,-- Euro) für Verwaltungstätigkeiten geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen)

2. Anträge der Fraktionen ohne konkrete Auswirkungen auf den Haushalt 2007

2.1 Standortwechsel der RAA Kreis Unna (Antrag der CDU-Fraktion)

Erörterung:

Nach Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla den Antrag im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie zu behandeln erklärt Herr Jasperneite, dass seine Fraktion die Verwaltung bzw. den Landrat beauftragen wolle, direkt auf das Ministerium zuzugehen und das Gespräch mit Blick auf einen möglichen Standortwechsel zu suchen.

Herr Nadolski-Voigt weist darauf hin, dass bei einem solchen Thema vor Beschlussfassung eine inhaltlich strukturierte und fachliche Diskussion erforderlich sei. Deshalb sei der vom Landrat vorgeschlagene Weg über den Fachausschuss aus Sicht seiner Fraktion der richtige.

Frau Müller-Hinz erinnert daran, dass Bergkamen in der Vergangenheit sowohl von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch von der Politik zum einen wegen der zentralen Lage im Kreis und auch der guten ÖPNV-Anbindung als idealer Standort für die RAA Kreis Unna gesehen worden sei.

Herr Steffen teilt mit, dass seine Fraktion es für sinnvoll erachte, unabhängig von einer möglichen inhaltlichen Diskussion im Fachausschuss im Vorfeld die Vor- und Nachteile eines Standortwechsels durch die Verwaltung prüfen zu lassen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Standortwechsel der RAA Kreis Unna von Bergkamen nach Unna-Massen bei der Umgestaltung der dortigen Landesstelle in ein Kompetenzzentrum für Migration zu prüfen. Der Landrat und die Verwaltung werden aufgefordert, hierzu umgehend Gespräche mit dem zuständigen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW zu führen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (46 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

2.2 Übertragung der Verbraucherberatung auf den Kreis (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung:

Herr Steffen teilt mit, dass die SPD-Fraktion der klaren Zielsetzung, die mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN verbunden sei, skeptisch gegenüberstehe. Vielmehr solle der Landrat in der nächsten Bürgermeisterkonferenz das Schreiben der Stadt Lünen vorstellen und gleichzeitig erfragen, ob die Kommunen sich vorstellen könnten, die Verbraucherberatung als wichtige Aufgabe im Kreis Unna über den Kreis wahrnehmen zu lassen und damit auch zu finanzieren. Andernfalls drohe die Beratungsleistung in Lünen wegzubrechen, da die Finanzierung aufgrund des entsprechenden Ratsbeschlusses nicht mehr gesichert sei. Gebe es ein klares Votum für eine solche Aufgabenübernahme könne man dann die weiteren Schritte einleiten.

Frau Hosang weist darauf hin, dieser Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN solle auch künftig eine flächendeckendes Angebot der Verbraucherberatung im Kreis Unna gewährleisten. Deshalb habe man ihn entsprechend zielgerichtet formuliert und werde ihn in dieser Form auch aufrechterhalten.

Herr Jasperneite erklärt, dass es für die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar sei, hier eine freiwillige Aufgabe zu übernehmen, nur weil eine kreisangehörige Stadt diese eigentlich kommunale Aufgabe nicht mehr finanzieren wolle. Deshalb werde man den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ablehnen. Dem Vorschlag der SPD-Fraktion könne man sich anschließen, wenn nicht nur die Bürgermeister ein Votum abgeben sondern auch entsprechende Ratsbeschlüsse gefasst würden.

Auf Frage von Herrn Landrat Makiolla erklärt Herr Steffen, dass der von ihm eingangs gemachte Vorschlag als zusätzlicher Antrag der SPD-Fraktion gewertet werden solle. Eine Modifizierung im Sinne der CDU-Fraktion halte er nicht für angezeigt.

Beschluss:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der Landrat wird beauftragt mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen eine Abstimmung herbeizuführen, dass zum 01.01.2008 die Verbraucherberatung auf den Kreis Unna übertragen und vom Kreis ab diesem Zeitpunkt wahrgenommen wird. Vorbehaltlich einer breiten Zustimmung zu diesem Vorschlag werden nach erneuter Beratung und positiver Beschlussfassung in den Kreisgremien die erforderlichen Mittel für 2008 rechtzeitig bereit gestellt. Die Verwaltung wird gebeten den Fachausschuss über den jeweils aktuellen Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

2. Antrag der SPD-Fraktion

Der Landrat wird gebeten die Situation der Verbraucherberatung in Lünen sowie das Schreiben der Stadt Lünen in der Bürgermeisterkonferenz vorzustellen. Gleichzeitig soll er erkunden, inwieweit sich die Kommunen vorstellen können, die Verbraucherberatung als wichtiges Angebot auf Kreisebene flächendeckend durchzuführen und damit verbunden über die Kreisumlage zu finanzieren. Im Fall eines klaren Votums der Bürgermeister für die Aufgabenübernahme durch den Kreis sollten die entsprechenden Schritte eingeleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (39 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 20 Enthaltung)

2.3 Gründung einer Gesellschaft für Energiesicherheit und Klimaschutz (Antrag der Fraktion B 90/DG)

Erörterung:

Nach kurzer Diskussion zieht die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurück und will diesen in den Fachausschuss zur weiteren Diskussion einbringen.

2.4 Einführung der Sozialkarte „UNsere Karte“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung:

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zieht ihren Antrag zurück und will diesen in den Fachausschuss zur weiteren Diskussion einbringen.

Herr Landrat Makiolla weist abschließend darauf hin, dass es zwei weitere Anträge der CDU-Fraktion gegeben habe. Nach seiner Zusage im Kreisausschuss, die beantragte Stelleneinsparung in der Stabsstelle Presse und Kommunikation in der Finanzstrukturkommission sowie die Stellenbewertung in der Stabsstelle Kreistagsbüro in der Bewertungskommission zu behandeln, habe Herr Jasperneite den entsprechenden Antrag zurückgezogen. Den CDU-Antrag zur Arbeitsbefreiung wolle er – wie bereits im Kreisausschuss mitgeteilt – als Anregung behandeln und ein Gespräch dazu mit dem Personalrat führen.

3. Abschließende Beschlussfassung zum Haushalt 2007

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2007 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit den sich aus den beigefügten Anlagen ergebenden Veränderungen einschließlich der in der Kreistagssitzung angenommenen Anträge der Fraktionen beschlossen.
2. Das Haushaltssicherungskonzept des Kreises Unna für den Finanzplanungszeitraum 2006 bis 2010 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit den sich aus den Anlagen ergebenden Veränderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (51 Ja- Stimmen, 9 Nein-Stimmen)

Punkt 1.4

210/06

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (57 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Punkt 2

021/07

Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Unna 2007 - 2009

Erörterung:

Als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses bedankt sich Herr Wisniewski bei der Gleichstellungsbeauftragten Frau Bierwolf-Siegrist noch einmal ausdrücklich für den vorgelegten Frauenförderplan.

Frau Zubrytzki schließt sich dem Dank an und betont, dass der Plan eine Grundlage für die Gleichstellungsarbeit beim Kreis Unna darstelle. Aus Sicht ihrer Fraktion müssten in den kommenden drei Jahren die Instrumente zur Vereinbarung von Familie und Beruf und hier insbesondere die Schaffung flexibler individueller Arbeitszeitmodelle ausgebaut werden.

Auch Frau Müller-Hinz dankt Frau Bierwolf-Siegrist für die geleistete Arbeit und weist darauf hin, dass es bei Frauenförderung um die Überwindung struktureller Ungleichheit und um den Abbau weiblicher Unterrepräsentanz insbesondere in den höheren Verwaltungsetagen gehe. Frauenförderung sollte gemeinsames Anliegen von Politik und Verwaltung sein. Ihrer Fraktion sei es dabei auch besonders wichtig, neben einer verbesserten Vereinbarung von Familie und Beruf durch individuelle Arbeitszeitmodelle Frauen durch Fortbildung und individuelle Unterstützung konsequent zur Wahrnehmung von Führungsaufgaben zu ermutigen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Frauenförderplan 2007 – 2009 für die Kreisverwaltung Unna.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen der FDP-Fraktion)

Punkt 3

040/07

Resolution zur „Kohlepolitischen Verständigung“ des Bundes, des Landes NRW, RAG und IGBCE vom 07.02.2007

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass neben seinem Resolutionsvorschlag zwischenzeitlich ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorliege. Er bittet, seiner Resolution möglichst

zahlreich zu zustimmen. Sie sei so formuliert, dass sie von allen Fraktionen des Kreistages unterstützt werden könne und insbesondere auch für die Fraktionen tragbar sei, deren Parteien die gegenwärtige Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bilden würden. Es handele sich um keine allgemeine Resolution zur Energie- oder Kohlepolitik in Deutschland, sondern sei eine politische Willensbekundung der gewählten politischen Repräsentanten dieser Region und vertrete die spezifischen Interessen der Menschen im Kreis Unna. Sowohl die Landesregierung aber auch die Ruhrkohle AG sollten daran erinnert werden, dass der Kreis Unna nach wie vor zu den Bergbauregionen in diesem Land zähle und deswegen besonderer Unterstützung bedürfe, wenn sich an den Strukturen des Steinkohlebergbaus in den nächsten Jahren etwas ändern sollte. Eine solche Formulierung sei deshalb so wichtig, weil aus anderen Städten öffentlich die Forderung vertreten werde, die potenziellen Hilfen zur Bewältigung des Strukturwandels auf die Städte zu konzentrieren, die Standorte von Schachtanlagen seien. Dies würde bedeuten, dass der Kreis Unna mit seinen aktiven rd. 3.000 Bergleuten außen vor sei. Herr Landrat Makiolla betont, man habe die politische Verantwortung, dies gerade nicht zu zulassen.

Ein zweites Ziel der Resolution sei es, den Verantwortlichen in Bund und Land die Bedeutung der Optionsklausel im Jahre 2012 ins Gedächtnis zu rufen. Diese Klausel dürfe nicht lediglich als eine Art „Beruhigungspille“ für die Bergleute und die Bergbauregion angesehen werden. Der Kreistag fordere vielmehr von den Verantwortlichen die Option für eine Weiterführung des Steinkohlebergbaus nach 2018 auch im östlichen Ruhrgebiet ernst zu nehmen. Sofern der Kreistag der Resolution zustimme, wolle er, so Herr Landrat Makiolla den Text an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, an die Ruhrkohle AG sowie an alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Unna übersenden.

Ferner wolle er in den nächsten Wochen die politischen Mandatsträger, die Gewerkschaften sowie die Vertreter der DSK zu einer Kohlerunde nach Bergkamen einladen, um die Ziele der Resolution zusätzlich noch einmal durch eine öffentliche Konferenz zu unterstreichen.

Frau Cziehso erklärt für die SPD-Fraktion, dass man die Resolution des Landrates ausdrücklich unterstütze. Dies gelte insbesondere für den Hinweis auf die Optionsklausel aber auch für die angesprochene notwendigen Strukturveränderungen, die hier im Kreis Unna stattfinden müssten. Diese massive Betroffenheit werde daran deutlich, dass im Bergwerk Ost Ende 2005 von 3.008 Mitarbeitern 1.646 aus dem Kreis Unna - davon 668 aus Bergkamen und 268 aus Lünen – stammten. Zur gleichen Zeit habe der Bergbau 290 Ausbildungsplätze im dualen System zur Verfügung gestellt und am Bergbauberufskolleg neben diesen Auszubildenden weitere 800 bis 900 Schüler ausgebildet bzw. qualifiziert. Dem Erweiterungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen, da in diesem Antrag der Hinweis auf die Optionsklausel für das Jahr 2012 nicht mehr enthalten sei.

Frau Hosang weist darauf hin, dass Resolutionen möglichst einvernehmlich abgestimmt werden sollten, da sie sonst keinen Sinne machten. Deshalb wäre eine interfraktionelle Diskussion im Vorfeld aus ihrer Sicht sinnvoll gewesen. Das Anliegen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für ihren Erweiterungsantrag sei gewesen, den restlichen Arbeitsplätzen im Bergbau unter anderem in Umwelttechnologie und regenerativer Energie eine Zukunft zu bieten.

Herr Landrat Makiolla erklärt sich bereit, den von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen zusätzlichen Satz unter Nr. 3 aufzunehmen, die Ausführungen zur Optionsklausel (Nr. 2) werde er aber nicht

streichen.

Herr Jasperneite teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde.

Beschluss:

1. Erweiterungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur kohlepolitischen Resolution des Landrates

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.03.2007 vorgeschlagene Resolution.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (6 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen)

2. Resolution des Landrates zur kohlepolitischen Verständigung des Bundes, des Landes NRW, RAG und IGBCE vom 07.02.2007

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die in der Sitzungsvorlage Nr. 040/07 dargestellte Resolution einschließlich der im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN enthaltenen Ergänzung zu Nr. 3.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (29 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 21 Enthaltungen)

Punkt 4

004/07

Wahl einer Vertreterin / eines Vertreters der ARGE Kreis Unna als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss

Wahl:

Der Kreistag wählt

- Frau Anke Ulmer als beratendes Mitglied sowie
- Herrn Martin Soszynski als stellvertretendes beratendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

037/07

Entsendung eines Mitgliedes in den Jagdbeirat des Kreises Unna

Beschluss:

In den Jagdbeirat bei der Unteren Jagdbehörde des Kreises Unna wird als Vertreter der Jagdgenossenschaften vom 06.03.2007 an erneut Herr Leopold Schulze Becking aus Werne für die Dauer von vier Jahren entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

042/07

Arbeitsmarktpolitik Kreis Unna;

Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007

Erörterung:

Nach kurzer Erläuterung des Antrages durch Herrn Ganzke schlägt Herr Gabriel vor, einen Mindestlohn von 8 Euro/Std. festzulegen und tarifliche Bedingungen hinsichtlich der Arbeitszeit im Antrag festzuschreiben.

Eine entsprechende Erweiterung des Antrages lehnt die SPD-Fraktion ab.

Herr Nadolski-Voigt stellt fest, dass in diesem Antrag Forderungen seiner Fraktion zum Tragen kämen und man aus diesem Grund den Antrag natürlich unterstützen werde. Selbstverständlich benötige man einen zweiten und dritten Arbeitsmarkt. Allerdings greife der Begriff dritter Arbeitsmarkt aus seiner Sicht zu kurz, da eine Focussierung auf extrem marktferne Tätigkeiten nicht zielführend sei. Für Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit gebe es durchaus erfolgversprechende marktnahe Ansätze, wie das Beispiel Integrationsunternehmen zeige. Hier müsse man verschiedene neue Wege gehen, um den betroffenen Menschen zu helfen. Um solche Maßnahmen nachhaltig gestalten zu können, sei aus Sicht seiner Fraktion eine regionale Arbeitsmarktpolitik unter Einbeziehung der ARGE, den Unternehmen und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Herr Wiggermann betont, dass die Initiative durch den ARGE-Lenkungsausschuss grundsätzlich vorbereitet worden sei. Bevor man aber im nächsten Schritt die Initiative konkretisieren und sich dabei u.a. der Entwicklung der möglichen Arbeitsfelder, der notwendigen Kosten, aber auch der Frage der Marktnähe und der Beteiligten widmen werde, sei es wichtig, zunächst das Einverständnis des Kreistages zu erhalten.

Beschluss:

Der Kreistag fordert die Vertreter und Vertreterinnen im Lenkungsausschuss der ARGE Kreis Unna auf, sich verstärkt für eine arbeitsmarktpolitische Initiative einzusetzen, die leistungsgeminderten Langzeitarbeitslosen eine Perspektive bietet.

Anzustreben ist die zeitnahe Einrichtung von vollständig öffentlich finanzierten Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, die auch unter Einsatz aller bestehenden Fördermöglichkeiten in absehbarer Zeit keine Chance der Integration in den 1. Arbeitsmarkt haben.

Die Beschäftigung muss sozialversicherungspflichtig und auf eine Zeitdauer von mindestens 24 Monaten angelegt sein, die Entlohnung deutlich über der Grenze der Hilfebedürftigkeit liegen. Die arbeitsmarktpolitische Initiative der ARGE Kreis Unna wird vom Sozialausschuss begleitet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt (eine Enthaltung)

Punkt 7

036/07

- Betrauungsregelung zwischen dem Kreis Unna und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den übrigen kommunalen Gesellschaftern der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Beschluss:

1. Der Landrat wird beauftragt, mit der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH die in der Anlage 1 beigefügte Betrauungsregelung abzuschließen.
2. Der Landrat wird beauftragt, mit den Städten Bergkamen, Kamen, Lünen, Schwerte, Selm, Unna, Werne und den Gemeinden Bönen und Holzwickede die in der Anlage 2 beigefügte Refinanzierungsvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

013/07

Ersatzbau für das Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der bautechnisch abgängige Pavillon am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg in Werne wird durch einen Neubau ersetzt. Im Zusammenhang mit diesem Ersatzbau wird in Erweiterung des derzeitigen Raumangebotes ein größerer Veranstaltungsraum als Mehrzweckraum geschaffen und der heutige Schüleraufenthaltsbereich im Altbau umgebaut.
2. Die Maßnahme soll zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 abgeschlossen sein. Die Ausgaben für Ersatz-, Ergänzungs- und Umbau dürfen insgesamt 2.500.000 Euro (brutto) nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

012/07

Erlass von drei Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski und für den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die nachstehend aufgeführten Satzungen:

- Satzung des Kreises Unna vom 06.03.2007 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe
- Satzung des Kreises Unna vom 06.03.2007 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma FVV Jedowski Unna GmbH, Fleischverarbeitung und -vertrieb, Otto-Hahn-Str. 20, 59423 Unna
- Satzung des Kreises Unna vom 06.03.2007 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma Milk & Beermann, Fleischwaren GmbH & Co. KG, Von-Wieck-Str. 7 b, 44534 Lünen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

027/07

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK)

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Unna zur Kenntnis und verweist ihn in das Beteiligungsverfahren nach § 5 a Abs. 2 LAbfG NRW.

2. Die Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren sind dem Natur- und Umweltausschuss in einem Bericht für eine grundlegende Beratung darzustellen und das Ergebnis dem Kreistag im September 2007 zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

046/07

Antrag der Gruppe Die Linke.PDS und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26.01.2007

Erörterung:

Nach kurzer Erläuterung des Resolutionsentwurfes durch Herrn Gabriel ergeht folgender

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die in der Sitzungsvorlage Nr. 046/07 enthaltene Resolution zum Erhalt der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst in NRW.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (35 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 20 Enthaltungen)

Punkt 12

043/07

Zukunftsmodell zur Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna

Beschluss:

Zur Umsetzung des Zukunftsmodells zur Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna wird der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna mbH ein Betrag von max. 60.000 Euro für die Jahre 2007 und 2008 unter der Maßgabe zur Verfügung gestellt, dass eine Förderung dieses Projektes aus Mitteln des Ziel 2-Programms 2007 – 2013 durch die Europäische Union und das Land NRW erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 14

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil :

Punkt 15

031/07

Optimierung der Aktienrendite der RWE-Aktien

- Wertpapierleihgeschäft -

Punkt 16

039/07

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 18 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen